

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 20. März 2026



In dieser Ausgabe

**Maßnahmenpaket
gegen den
Preisanstieg bei
Kraftstoffen**

**18. März – Tag der
Demokratie-
geschichte**

**Parlamentskreis
Ländlicher Raum**

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

wir spüren die Auswirkungen des durch den Iran-Krieges gestiegenen Ölpreises direkt an der Zapfsäule. Die Verteuerungen werden für Verbraucher und Unternehmen zu einer immer größeren Belastung. Wir haben daher als Gegenmaßnahme ein Gesetzespaket in den Deutschen Bundestag eingebracht, welches die Kraftstoffpreise dämpfen soll. Es beinhaltet unter anderem, dass die Spritpreise nur noch einmal am Tag erhöht werden dürfen. Senken bleibt jedoch jederzeit möglich.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz zum EU-Gipfel am 19. und 20. März 2026 in Brüssel. Dabei haben Wettbewerbs- und Wachstumsfragen sowie der Iran-Krieg eine große Rolle gespielt. Mit seiner Rede machte unser Bundeskanzler erneut deutlich, dass Deutschland in diesen unruhigen Zeiten Führung in Europa übernehmen muss – und dies auch tut. Auch zur Wahrung und Vertretung der eigenen, deutschen Interessen. In diesem Zusammenhang stellte er klar die Rolle der NATO als Verteidigungsbündnis und nicht als Interventionsbündnis heraus und nahm damit Bezug auf die Forderungen von US-Präsident Donald Trump, der von den europäischen NATO-Partnern mehr militärische Unterstützung zum Schutz der Straße von Hormus forderte.

Weitere Informationen zur Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie unter www.cducsu.de.

Ihr Hermann Färber

»»» MASSNAHMENPAKET GEGEN DEN PREISANSTIEG BEI KRAFTSTOFFEN

Die aktuellen militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten und die derzeitige Störung des Schifffahrtsverkehrs in der Straße von Hormus haben die weltweiten Preise für Erdöl und Erdölprodukte erheblich ansteigen lassen. Aufgrund dieser hohen geopolitischen Unsicherheit und der damit verbundenen Preisvolatilität ändern sich die ausgezeichneten Preise für Kraftstoffe besonders häufig und teilweise sprunghaft.

Die Regierungskoalitionen haben daher in dieser Woche ihr sogenanntes „Kraftstoffmaßnahmenpaket“ vorgelegt. Mit dem Gesetzentwurf „zur Anpassung von Kraftstoffpreisen und zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ reagieren wir auf die deutlichen Preissteigerungen an den Tankstellen. Mit dem Kraftstoffmaßnahmenpaket sollen die Wettbewerbskräfte auf allen Stufen der Wertschöpfungs- und Lieferkette langfristig gestärkt werden.



Bildquelle: Canva.

Unsere Maßnahmen im Überblick

- Einschränkung der Häufigkeit der Preisänderungen → Tankstellen dürfen nur noch einmal am Tag, um 12 Uhr, ihre Preise für Kraftstoffe erhöhen. Dagegen sind Preissenkungen jederzeit zulässig.
- Verschärfung der Missbrauchsaufsicht im Kraftstoffgroßhandel durch eine Umkehrung der Darlegungs- und Beweislast zugunsten der Kartellbehörden
- Langfristige Stärkung der Wettbewerbskräfte auf allen Stufen der Wertschöpfungs- und Lieferkette insgesamt

Unser Maßnahmenpaket sieht vor, dass Tankstellen – nach österreichischem Vorbild – künftig die Preise für die Kraftstoffe E5, E10 und Diesel nur noch einmal am Tag, um 12 Uhr, erhöhen dürfen (neues Kraftstoffpreisanpassungsgesetz, KPAng). Preissenkungen sollen hingegen jederzeit möglich sein. Nach dem Entwurf sollen Verstöße mit Bußgeldern bis zu 100.000 Euro geahndet werden.

Diese neue Regel soll für mehr Transparenz und weniger kurzfristige Preissprünge an der Zapfsäule sorgen. Das Vorhaben soll zunächst befristet gelten und nach einem Jahr evaluiert werden.

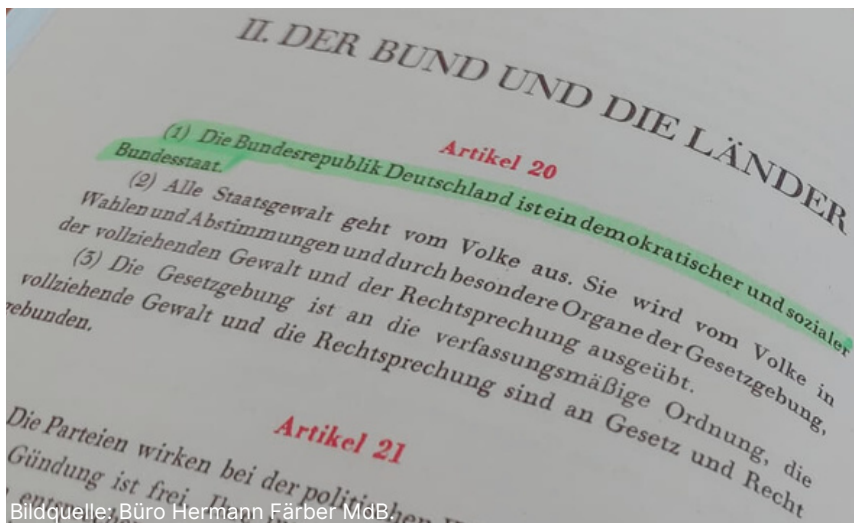
Des Weiteren ist geplant, das Kartellrecht zu verschärfen. Genauer gesagt, soll dem Bundeskartellamt ermöglicht werden, einfacher gegen marktbeherrschende Unternehmen aus dem Kraftstoffbereich vorzugehen, wenn Hinweise auf unangemessen hohe Preise vorliegen. Bei stark steigenden Preisen soll künftig die Beweislast umgekehrt werden. Das heißt: Unternehmen müssen darlegen, dass ihre Preissteigerungen sachlich gerechtfertigt sind.

Bei auffällig starken Preisanstiegen sollen die Unternehmen überdies belegen, dass diese tatsächlich durch höhere Kosten entstanden sind. Für die Kartellbehörden soll es dadurch deutlich leichter werden, gegen überhöhte Preise vorzugehen.

Die abschließende Beratung dieses Gesetzes ist für die kommende Sitzungswoche vom 23. März vorgesehen. Am 27. März soll der Bundesrat darüber entscheiden.

18. MÄRZ – TAG DER DEMOKRATIEGESCHICHTE

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist in ihrem Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und verfassungsmäßig garantierten individuellen Grundrechten eine große Erfolgsgeschichte. In Freiheit leben zu können und zu dürfen, ist nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis politischer Institutionen, ihrer rechtlichen Sicherung und gesellschaftlichen Engagements. Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik und Deutschlands Weg zur Demokratie sind zugleich das Ergebnis eines langen Ringens um Freiheit, politische Teilhabe und demokratische Rechte. Immer wieder sind Menschen und Gruppen unter Einsatz ihres Lebens dafür eingetreten. Die deutsche Geschichte der letzten Jahrhunderte ist auch geprägt von bewaffneten Konflikten, von Unfreiheit, Repression und Diktaturen.



Aus diesem Grund haben CDU/CSU und SPD einen gemeinsamen Antrag zur Aufwertung des Tags der Demokratiegeschichte mit dem Titel „18. März – Tag der Demokratiegeschichte: Orte der Freiheit und Demokratie weiter stärken“ gestellt. Unsere Absicht ist es, den 18. März als einen zentralen jährlichen Tag zur Feier der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte zu würdigen und zu begehen.

Unser Antrag soll an die Bedeutung des 18. März durch die Jahrhunderte für die deutsche Demokratiegeschichte erinnern.

So ist am 18. März 1793 der rheinisch-deutsche Nationalkonvent zusammengetreten und hat die Mainzer Republik ausgerufen. Am 18. März 1848 ist es in Berlin anlässlich der Märzrevolution zu blutigen Straßenkämpfen gekommen, bei denen mehr als 250 Menschen im Kampf um politische Mitbestimmung und Grundrechte gestorben seien. Am 18. März 1920 ist der Kapp-Putsch gegen die junge Weimarer Republik endgültig gescheitert und am 18. März 1990 hat sich mit der ersten freien Volkskammerwahl die demokratische Selbstbestimmung der Deutschen in der damaligen DDR erfüllt.



Bildquelle: Canva.

>>> PARLAMENTSKREIS LÄNDLICHER RAUM: MOBILITÄT IM LÄNDLICHEN RAUM ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

Mobilität ist unverzichtbar, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. Deshalb hat sich der Gesprächskreis Ländlicher Raum der Koalitionsfraktionen am Donnerstag dieser Sitzungswoche mit Verkehrspolitik befasst. Die Interessen des ländlichen Raums müssen berücksichtigt werden!

Unser Parlamentarischer Staatssekretär Christian Hirte berichtete, dass in dieser Wahlperiode 166 Mrd. Euro bereitstehen, um die Verkehrsinfrastruktur zu modernisieren. Dass es vorangeht, ist in meinem Wahlkreis gut sichtbar: Am 12. Februar erfolgte nach jahrelangen gemeinsamen Anstrengungen der gesamten Raumschaft endlich der Spatenstich für den A8-Neubau. Das Verkehrsaufkommen beim Alaufstieg war für Anwohner, Anrainergemeinden und Verkehrsteilnehmer lange genug eine Qual.



Bildquelle: Büro Hermann Färber MdB.

Erörtert wurde auch die Umstellung auf klimafreundliche Mobilität, die besonders im ländlichen Raum viel Potential hat. Viele Gebäude haben Solaranlagen, die zur Aufladung von Elektrofahrzeugen genutzt werden können. Biokraftstoffe eignen sich als Beimischung zu herkömmlichen Kraftstoffen und können auch gut in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt werden. Ziel muss es sein, die Mobilität der Zukunft technologieoffen voranzubringen, ohne dass neue Abhängigkeiten entstehen.

Lobenswert ist die Initiative der Bundesregierung, die Kosten für den Führerschein-Erwerb zu senken. Besonders jungen Menschen im ländlichen Raum bereiten die stark gestiegenen Kosten große Probleme. Eine Kostensenkung ist notwendig, um Mobilität und damit gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen – insbesondere für Bildung, Berufseinstieg und Freizeit.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süssen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de